

ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Wer enthält sich? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/8337 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der FDP und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Wer ist dagegen? – SPD, FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Wer enthält sich? – Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/8320 mit 18/8323 werden in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Westbalkan mit dem Migrationsdruck nicht allein lassen
(Drs. 18/6081)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Ich darf nun den ersten Redner aufrufen. Das ist Herr Abgeordneter Henkel? – Nein, Entschuldigung, das ist Herr Abgeordneter Böhm.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Oft wird hier von Solidarität innerhalb der EU gesprochen. Aber auch wenn Länder wie Serbien und Bosnien ihren Beitritt in eine EU, wie wir sie heute noch in den Köpfen der Eurokraten sehen, nicht erleben werden, sind diese Staaten entlang der Balkanroute doch europäische Staaten, die gerne die Verbundenheit souveräner Vaterländer erfahren dürfen. Besonders seitdem unsere Freunde in Ungarn es mit ihrem dort im Land überaus beliebten und von der CSU lange hofierten Ministerpräsidenten Orbán leisten, die gebotene Sicherheit an der dortigen EU-Außengrenze zu gewähren, sucht sich die illegale Migration neue Wege, nämlich die Balkanroute.

Freundschaft ist auch gegenseitige Hilfe in der Not. Die Not ist dort groß, wo kleine und wirtschaftlich schwache Staaten die Aufgaben wahrnehmen, die eigentlich der EU obliegen, nämlich Kroatien, Slowenien, Österreich und als finales Ziel Deutschland vor illegaler Wirtschaftsmigration zu schützen sowie die weitere Plünderung der gebeutelten Sozialsysteme in diesen und anderen Ländern zu verhindern.

Alleine 2019 entstanden dem Bund für Asylforderer, bedingt durch jahrelangen mangelnden Grenzschutz, Kosten von 32 Milliarden Euro. Zwar hat sich die Bundesregierung in der Corona-Krise wohl daran erinnert, dass Grenzen zu schließen und zu kontrollieren sind, doch die wirklichen Gefahren werden uns bald wieder ganz ungefiltert erreichen.

Einzig wirksamer Filter scheint die Grenzsicherung der Balkanstaaten, die jegliche Unterstützung verdient, sowie die Förderung des Errichtens von Aufnahmelagern in diesen Ländern. Durch schnelle, schlanke und finale Prozesse müssen die Migranten schon dort strikt auf ihren Status geprüft und zeitnah zurückgeführt werden. Dies ist nicht nur bedeutend effektiver, sondern auch kostengünstiger als jede